

Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstanstalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelernten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich.
Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14.
Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4gesp. Petitzeile 20 Pfg.
Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg.
Für Postbezug: Postamt Köln.

An die christlich-nationalen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Kaum ist der schwere Kampf in der Tabakindustrie am Niederrhein beendet, den der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands allein und mit Erfolg für die Arbeiter durchgeführt hat, so ist an einer anderen Stelle in demselben Gewerbe ein heftiger, folgenreicher Kampf entbrannt. Seit dem 12. Oktober sind die organisierten Tabak-Arbeiter und Arbeiterinnen in Westfalen und Lippe ausgesperrt, weil in einigen Betrieben von den Arbeitern Forderungen zwecks Aufbesserung ihrer bedrückten Lage gestellt worden waren. Dabei ist die wirtschaftliche Lage der westfälischen Tabakarbeiter eine äußerst gedrückte, die Lohnverhältnisse sind die denkbar traurigsten. Nach dem Bericht der Tabakberufsgenossenschaft betrug in den drei wichtigsten Kreisen der Durchschnittslohn eines Vollarbeiters nur 2,16 Mk. pro Tag. Trotzdem wurden die bescheidenen Forderungen der Arbeiter von den Unternehmern abgelehnt. Der Fabrikantenverband drohte vielmehr sofort mit einer allgemeinen Aussperrung, falls die Arbeiter auf ihren Forderungen beharren und die erfolgten Kündigungen nicht bis zum 28. September zurücknehmen würden.

Als sich die Arbeiter diesem Ultimatum nicht bedingungslos fügten, machten die Unternehmer ihre Drohung wahr und sperrten am 12. Oktober circa 9000 Tabakarbeiter und Arbeiterinnen aus. In den ersten Wochen ist die Zahl der in den Kampf verwickelten Arbeiter auf etwa 10000 gestiegen, darunter sind 4000 Arbeiterinnen. Die Tabakarbeiter von Bremen, Altona und Hamburg sind ebenfalls mit in den Kampf hineingezogen und haben sich mit den westfälischen Kollegen solidarisch erklärt, weil es sich um dieselben Firmen handelt, die in den genannten Städten ihre Hauptgeschäfte, in Westfalen ihre Filialen haben. Dadurch werden in Wäld

14000 Tabakarbeiter und Arbeiterinnen im Kampf

um eine menschenwürdige Existenz stehen. Daß es dem Fabrikantenverband hauptsächlich darum zu tun ist, die Arbeiter-Organisation niederzuringen, geht daraus hervor, daß auch die Mitglieder derjenigen Verbände ausgesperrt wurden, die an den zuerst erhobenen Forderungen gar nicht beteiligt waren. Der Verband christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands ist auf diese Weise in den Kampf verwickelt worden und mit einem großen Bruchteil seiner gesamten Mitgliedschaft an der Aussperrung beteiligt. Die Dauer des Kampfes ist bei der schroff-ablehnenden Haltung der Unternehmer nicht abzusehen.

Kollegen, Kolleginnen! Die übrigen Berufe können diesem schweren Kampf, der für die beteiligten Tabakarbeiter ein Kampf um Sein oder Nichtsein bedeutet, nicht gleichgültig und interessenlos gegenüberstehen. Bei dem vorliegenden schweren Ringen der westfälischen Tabakarbeiter um einen berechtigten Anteil am Ertrag ihrer Arbeit handelt es sich um eine äußerst wichtige prinzipielle Angelegenheit, an der die ganze Arbeiterbewegung interessiert ist. Die gesamte christlich-nationale Arbeiterschaft Deutschlands hat die Verpflichtung, ihre kämpfenden Brüder und Schwestern nach Kräften zu unterstützen. Nicht nur durch Worte, sondern durch die praktische Tat. Zu diesem Zwecke wird hiermit eine

allgemeine freiwillige Sammlung

für die kämpfenden Tabakarbeiter in Westfalen ausgeschrieben.

Kollegen und Kolleginnen! Hoffentlich wird Eure oft bewährte Solidarität und Opferwilligkeit auch diesmal nicht versagen, nicht vergebens an Euch appelliert werden! Es gilt einer der ärmsten und zum allgrößten Teil ohne jegliche Ursache brotlos gemachten Arbeitergruppe unter die Arme zu greifen, ihrer gerechten Sache zum Siege zu verhelfen. Darum steuere jeder sein Scherlein, soweit es in seinen Kräften steht. Keiner darf sich ausschließen.

Soch die Solidarität der christlich-nationalen Arbeiterschaft.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

NB. Die Sammellisten sind inzwischen zum Versand gelangt. Alle Geldsendungen in dieser Sache sind zu richten an Adam Stegerwald, Köln a. Rh., Postfach 157, oder Postfachkontonummer 8185, Postfachamt Köln. Jeder Geldsendung ist der Vermerk: „Freiwillige Sammlung für die Tabakarbeiter“ beizufügen. (Aus dem Zentralblatt Nr. 23.)

Sittliche Werte der Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterbewegung schafft (neben wirtschaftlichen) auch geistige Werte. „Wissen ist Macht“. Das ist auch ihr Wahlspruch geworden. Man zeige uns die Bevölkerungsklasse im industrialisierten Staat, die aufrechter, energischer nach Vervollkommnung ihrer Einsicht in alle Gebiete des Wissens — soweit das tägliche Leben in Betracht kommt — verlangt, die mehr Opfer dafür bringt, die sich verhältnismäßig schneller geistig emporarbeiten, als die Arbeiterwelt! Die Arbeiterbewegung erzeugt führende Geister für die Leitung unseres Wirtschaftslebens, für unser Gemeinde- und Staatsleben auch ohne akademische Bildung. Die Arbeiterbewegung läßt Millionen inneren, geistigen Anteil nehmen an der Fortentwicklung der Menschheit. Die christliche Arbeiterbewegung insbesondere schafft in allen Zweigen teils unmittelbar, teils mittelbar auch moralische Werte; sie ist nicht wie

der sozialdemokratische einseitiger Klassenegoismus auf Grund des sozialdemokratischen Klassenkampfes. Die Sozialdemokratie fordert nur von der Gesellschaft und verweigert gleichzeitig die Mitarbeit an ihrem Fortkommen, insoweit die unumgängliche staatliche Arbeit in Frage steht. Weidenschaftlich pocht sie auf ihr Recht, von der Pflicht hört man weniger oder gar nichts. Sie würde unfruchtbar, ja verhängnisvoll für die Kultur, wenn sie einmal von kritischeren und Fordern zu aufbauenden Leistungen für die Gesellschaft übergehen müßte. Dazu sind ihre Anhänger nicht erzogen. Die Revolution zerstört, aber baut nicht auf.

Vanz anders die christliche Arbeiterbewegung. Sie schätzt auch die geistig-sittlichen Werte richtig ein, sie baut einen eigenen Zweig ihrer Bewegung aus, um speziell diese zu erhalten und zu fördern. Es sind die konfessionellen Arbeitervereine, die religiöse Werte pflegen, zu Charakteren erziehen und dem Leben die höhere Weiße erhalten helfen. Aber

auf natürlichem Gebiete und mit natürlichen Mitteln wirken auch die Gewerkschaften sittlich fördernd auf ihre Anhänger. Sie pflegen den Gemeinfinn, bekämpfen den Alkoholismus und lehren das Leben von der ersten Seite nehmen. Und in ihrer Arbeit für das materielle Wohl der Arbeiterschaft gehen sie nicht aus vom Gedanken des Klassenkampfes, sondern von der Solidarität des gesamten Wirtschaftskörpers, von der Gleichberechtigung des Unternehmers und des Arbeiters bei Festsetzung der Lohnbedingungen, von dem Bestreben des gegenseitigen Schutzes und des Ausgleiches der Interessen. Der Gedanke der Pflicht und Solidarität gegenüber Gewerbe, Volk und Staat kommt hier grundsätzlich ganz anders zum Ausdruck. (Aus einem Artikel: Die Arbeiterbewegung als Kulturfaktor, im Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1912. Gewerkschaftsverlag, Köln, Eintrachtstr. 147.)

Der Siegeszug des Tarifgebantens.

Das kaiserliche statistische Amt veröffentlicht in einem starken Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt eine Uebersicht über die Tarifverträge i. J. 1910. Daraus entnehmen wir, daß im Jahre 1910 insgesamt 3756 Tarife abgeschlossen wurden; davon entfallen auf die Papierindustrie 69.

Wenn man bedenkt, welche Ansunne von Widerständen dem Abschluß eines einzigen Vertrags manchmal entgegen ist, so kommt man erst zu einer richtigen Einschätzung einer so weitverzweigten Einführung der Tarife. Die Zahl der Unternehmer, die in den Tarifverträgen eine lästige Fessel erblickten, wird immer geringer und es ist sogar schon konstatiert worden, daß Prinzipale im Buchbindergewerbe, die sich jahrelang gegen den Abschluß eines Tarifvertrages geistert haben, letzten Endes durch die Schmutzkonturrenz der eigenen Innungsmitglieder gezwungen waren, an die Gehilfen zwecks Vereinbarung eines Tarifes heranzutreten. Tatsächlich kann man sich auch kaum ein wirksames Mittel gegen die Schmutzkonturrenz denken, als es ein Tarifvertrag darstellt, der einerseits die Mindestlöhne der Arbeiterschaft festlegt und der früher vielbeliebten Lehrlingszückerei einigermaßen Abbruch tut, andererseits aber auch die Gewähr bietet, daß die Preisdrückerei gewisser Unternehmer nur mehr auf deren eigene Kosten, nicht auf Kosten der Arbeiter erfolgen kann und so eine gewisse Stabilität im Gewerbe garantiert.

Man hat oft den Einwand widerlegen müssen — und muß es heute noch, — daß die Verschiedenheit der Betriebsanlagen eine gleichmäßige Regelung der Arbeitsbedingungen und eine umfassende Regulierung des Preisstarifes nicht zulasse. Gerade aus den Kreisen der kleineren Handwerksmeister ist immer wieder die Klage laut geworden, daß sie unmöglich den hohen Anforderungen der Tarifpolitik folgen könnten, weil die Arbeitskräfte in ihren Werkstätten nicht in dem Maße ausgenutzt werden könnten, wie das im Großbetrieb der Fall sei, wo immer mehr spezialisiert wird und wo obendrein der gleichmäßige Schritt der Maschine vielfach den Arbeiter zwingt, keinen Augenblick zu veräumen.

Die kleineren Handwerksmeister sind nebenbei oft sehr schlecht eingerichtet, d. h. es fehlt an notwendigem Material, an gutem Handwerkszeug und dergl. mehr.

Oft genug sind solche Mängel schuld an dem Verfall eines Handwerksbetriebes. Allerdings ist meistens die schwache Finanzkraft an den so gelagerten Verhältnissen mitschuldig. Ein kleines Kapital würde oft genügen zur Anschaffung der nötigen Hilfsmaschinen, deren Indienststellung allein den Betrieb rentabel gestalten kann. Die Wenigen, die an den überliefernten, allzu umständlichen Arbeitsmethoden festhalten, deren Grundsiach ist, daß nur die Handarbeit gut ist, mögen solche Eigenbrödeli selbst büßen.

Diese Art der handwerklichen Voreingenommenheit stützen wir freilich nicht, warum, weil wir nicht gegen den gesunden Fortschritt, sondern mit ihm gehen wollen.

Es ist solchen Meistern oft genug von autoritativen Stellen nahegelegt worden, daß sie die Mittel der Selbsthilfe ergreifen sollen (Eintaufs-Rohstoffgenossenschaften u. dgl.). Wenn der egoistische Geist innerhalb der Handwerksmeister eine solche Selbsthilfe nicht recht wirksam werden läßt, dann liegt die Schuld doch nicht an anderen Leuten. Die Zukunft des Handwerks ist durchaus sicher gestellt, wenn die Forderungen der Gegenwart richtig verstanden werden. An Stelle der wenigen Handwerkszweige, die ganz oder teilweise dem Fabrikbetriebe zum Opfer gefallen sind, hat sich als neuer, entwicklungsfähiger Sproß das Kunsthandwerk entwickelt.

Dr. Aug. Engel sagt dazu in seinem Buche: „Handwerkerfragen“ (W. Glöckner 1907. (Wolfsvereinsverlag.)

Es gehört zu den wertvollsten Ergebnissen der Untersuchungen über die Lage des Handwerks die Erkenntnis, daß alle die Handwerkszweige, die unter der neuerlichen Entwicklung zu leiden hatten und denen noch Nährboden verblieben ist, ihre Zukunft namentlich in der Qualitätsarbeit zu suchen haben. In der Herstellung billiger Massenware ist überall dort, wo diese feilgeboten wird, für den Handwerker wenig Feil mehr zu suchen, da ihm

hier der Großbetrieb in den meisten Fällen überlegen ist. Es ergibt sich daraus für die Angehörigen solcher Handwerkszweige mit aller Deutlichkeit die wichtige Lehre, durch Veredlung und gar künstlerische Ausgestaltung der Einzelleistung sich ein Gebiet zu sichern, das ihm von einem Großbetriebe so leicht nicht genommen werden kann.

Dann sollen die vielen Anregungen endlich in größerem Umfange verwirklicht werden, die die Gründung von Einkaufs- und Betriebsgenossenschaften wollen. Auf solcher Grundlage kann die finanzielle Schwäche des Einzelnen durch die Kraft der Geschlossenheit zu einem wirksameren Faktor umgewandelt werden. Die Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, daß der Arbeitgeber finanziell sicher gestellt ist, nicht am Gegenteil. Die kleinen Meister, die alle die genannten Mittel der Selbsthilfe verachten und umso mehr auf die Arbeiterverbände los schlagen, deren Forderungen immer erfüllbarer würden, mögen doch einmal prüfen, ob sie nicht an ihrer bedrängten Lage zum großen Teil selbst die Schuld tragen. Das ist ja gerade das Kardinalübel vieler Handwerksmeister, daß sie vor lauter Neid und Mißgunst dem „lieben Kollegen“ nicht über die Schwelle trauen und überall den gleichen Drang zur Übervorteilung vermuten, den sie im eigenen Herzen hegen.

An diesen Befinnungen zerbrechen die Versuche zum korporativen Austritt in Genossenschaften, das nur erfolgreich sein kann, wenn jeder persönliche Egoismus draußen bleibt.

Die vielverlästerten Arbeiterverbände könnten den Arbeitgebern in dieser Beziehung ein Beispiel sein.

Die Gewerkschaften nehmen aber auch auf die tatsächliche Lage der Arbeitgeber Rücksicht. So sind vielfach für die Großbetriebe geforderte Tarife mit höheren Sätzen abgeschlossen worden; ein deutlicher Beweis für das Verständnis, das die Arbeitervertreter der unerschuldeten Schwäche der Kleinen entgegenbringen. Natürlich muß das eine Grenze haben. Wenn dieselbe von den Kleinmeistern selbst festgelegt werden sollte, würde in den meisten Fällen für die Gehilfen nur ein laß bemessenes Einkommen übrig bleiben. Früher hat allgemein gegolten, daß der Meister den Gefellen „nach den Leistungen“ (d. h. nach Gutdünken des Meisters) entlohnte. Welche Gehälter da herauskamen, wollen wir lieber nicht mehr ausgraben. Wo es noch heute nach diesem Modus geht — und es geht noch an den meisten Orten danach — da können die Kollegen ein Liedlein singen, das nicht von Dantgefühlen diktiert ist.

Wenn man an irgend eine Firma mit dem Vorschlag herantritt, die Arbeitsbedingungen des Personals tariflich zu regeln, dann heißt es meistens: das haben wir nicht nötig, wir bezahlen unsere Leute gut und lassen uns keine Vorschriften machen. Punktum! Das Personal ist wegen der guten Bezahlung meist anderer Ansicht und will auch nicht von dem allergnädigsten Wohlwollen des Herrn Arbeitgebers abhängig sein, sondern sagen können: Laut Tarif steht mir der und der Mindestlohn zu und der gut qualifizierte Arbeiter kann einen entsprechend höheren Lohn beanspruchen. Gelegenheit zum „Wohlwollen“ ist also immer noch gegeben. Eines möchten wir in diesem Zusammenhang noch erwähnen: Die sogenannten Minimallohne werden meistens als Maximallohne angesehen, ja es dünnt uns, als ob selbst in Arbeiterkreisen diese Anschauung ruhig hingenommen würde. Tatsächlich sind es immer nur wenige Ausserlesene, die über den Minimallohn hinauskommen und mancher Arbeiter wagt es nicht, mehr als den Minimallohn zu verlangen, weil er weiß, daß das seine Entlassung bedeuten würde.

Sozialpolitische Theoretiker schließen von dem Minimallohn meist auf eine viel günstigere Stellung der Arbeiter, als sie tatsächlich ist, weil sie meinen, die Minimallohne würden nur von Durchschnittskräften eingestekt, während alle anderen weit über demselben ständen. Das ist aber nicht der Fall, eben weil mit jedem Besuch um Aufbesserung die Gefahr der Entlassung verbunden ist.

Die Steuerämter rechnen ja auch beim Einkommen des Arbeiters so: in einer Woche soviel Verdienst, im Jahre 52 mal soviel, ohne die Tage der Arbeitslosigkeit, die doppelte Beibrage an dem geringen Budget des Arbeiters sind, zu berücksichtigen. In dieser Beziehung wäre eine „indi-

viduelle“ Behandlung seitens der Steuerbehörde sehr erwünscht.

bleibt auch die Stellung der Vertragskontrahenten auf der Arbeitnehmerseite immer eine unsichere, so ist doch anzuerkennen — und das gibt den Tarifverträgen ihren Wert — daß sie nach unten eine Grenze ziehen und Normen für besserbezahlte Arbeiter auf Jahre hinaus festlegen, die eine friedliche Verführung wenn nicht in allen Fällen garantieren, so doch zumeist fördern. Das Arbeitsverhältnis hängt nicht mehr so sehr in der Luft, wie es der Fall ist, wenn der Einzelne dem Willen des Arbeitgebers allein überantwortet ist, sondern es wird mehr auf den Boden des vertraglichen Rechtes gestellt, das nicht so leicht umgestoßen werden kann, wie die Gunst des Augenblicks. Im übrigen ist es die Pflicht der Arbeiter, tarifliche Abmachungen auch nach der Seite der Verpflichtungen genau zu respektieren und in ihrem eigenen Interesse auf die berufliche Fortbildung den größten Wert zu legen. Das ist die beste Garantie für die Sicherung der Existenz, denn man kann Niemandem zumuten, einen Stümper gleich dem Tüchtigen zu entlohnen. Möge von diesen Gesichtspunkten aus die weitere günstige Entwicklung des Tarifgebantens gefördert werden, zum Segen des ganzen Gewerbes.

Ein schönes Alter ist des Lebens Krone;
Nur dem, der sie verdient, wird sie zum Lohne!
Wer lange trug des Daseins schwere Bürde,
Und alt sein Haupt noch aufrecht trägt mit Würde,
Gibt dadurch Zeugnis, daß er seinem Leben
Von Jugend auf den rechten Halt gegeben.
Sobersicht.

Ein Flidwerk!

Durch Gesetz vom 29. Juli 1890 wurden in Deutschland die Gewerbegerichte eingeführt. Mierlei Mängel, die sich in der Praxis herausstellten, führten zu einer Abänderung im Jahre 1901 und am 1. Januar 1902 trat das Gesetz in der heutigen Form in Kraft. Im Jahre 1910 gab es im deutschen Reiche 916 Gewerbegerichte, darunter 428 Innungsgerichtsgerichte und 8 Berggewerbegerichte. Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage hat betanulich feinerzeit die Gewerbegerichte abgelehnt, weil sie darin ein soziales „Flidwerk“ erblickte; die Arbeiter, nicht zuletzt die sozialdemokratischen, würden, wenn man dieses „Flidwerk“ heute beiseite ließe, Jeter und Mordio schreiben. Wie segensreich gerade diese Entziehung gewirkt hat, geht aus den Tätigkeitsberichten hervor. Die Zahl der im Jahre 1910 von den Arbeitern erhobenen Klagen betrug im Ganzen 106 725. Die meisten Streitigkeiten vor den Gewerbegerichten erledigten sich durch Vergleich. Zwei derselben ist es vor allem, Streitigkeiten aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnis möglichst einfach, schnell und billig zu erledigen. So vertriehen bis zum Schlusse des Jahres weniger als eine Woche in 5700 Fällen; eine Woche bis zu zwei Wochen in 5282 Fällen. In 4562 Streitigkeiten dauerte es zwei Wochen bis einen Monat bis zum Schlusse des Urteils; in 1887 Fällen bis zu drei Monaten. Ueber drei Monate bis zur Urteilsfällung zogen sich nur 244 Streitfälle hinaus.

Die guten Erfahrungen mit den Gewerbegerichten führten 14 Jahre später, 1904, zur Errichtung der Kaufmannsgerichte. Die Zahl dieser Gerichte ist von 227 im Jahre 1905 auf 271 im Jahre 1910 gestiegen. Die Zahl der anhängig geordneten Streitfälle betrug 1910 insgesamt 23 887. Auch gegen das Gesetz betreffend die Kaufmannsgerichte hat die sozialdemokratische Fraktion 1905 gestimmt. Und wäre es damals auf die Sozialdemokraten allein angetommen, so wäre das Gesetz überhaupt nicht zustande gekommen. Einigen im praktischen Leben stehenden Parteigenossen ging dieses unernstige Gebahren der Reichstagsfraktion allerdings über die Furchen, und auf dem Parteitage zu Bremen 1904 sagte es der Berliner Gewerkschaftssekretär Korsten den Parteiführern schlanterweg vor den Kopf, daß sie eine Dummheit gemacht hätten. „Wie wären wir dagestanden, wenn das Gesetz gefallen wäre?“

So stellt sich die Gesellschaft der „Volksbeglückter“ bloß, die Arbeiterpartei, die allein imstande ist, das Los der Proletariat zu verbessern (?) Lindene Worte von der kommenden Abrechnung und dgl. Kraftsprüche, das sind die „Taten“ der Genossen.

Die Anhänger der christlichen Sozialreform, die unsere ganze Arbeiterjugend gesungen gemacht haben und dem arbeitenden Volke Millionen zugesichert haben, sind im Sinne der Genossen „Flidquiter“. Wenn ein durchsichtiger Stiefel gut gestickt ist, geht sich's zur kalten Jahreszeit besser darin, als wenn man nur den Frost hört; Wenn der Frühling kommt gibt es neue. So vertritt nämlich die Sozialdemokratie die Arbeitermassen auf den „Vollkristall“, den die Propheten nicht erleben, und gibt dem Arbeiter Steine statt Brot. Den Reformern aber weist sie Schlimpfnamen nach, weil sie dieses Trüdenal nicht im Augenblicke in ein Paradies verwandeln können. — Demagogen! —

Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 47. Bodenbeitrag pro 1911 fällig.

In mehreren Orten sind Lohnbewegungen im Gange. Eine Stellung in einem anderen Orte angenommen wird, ist genaue Erkundigung bei der örtlichen Verwaltung einzuholen.

Die Bewegung im Steindruckgewerbe ist unverändert. Das

Jugendflugblatt

ist erschienen, und bitten wir unsere Vertrauensleute und Mitglieder, für deren ausbringende Verbreitung Sorge zu tragen.

Zustellen, die noch keine Bestellungen von Fahrblättern getätigt haben, wollen dies möglichst bald nachholen.

Der Zentralvorstand
J. A.: Hornbach.

Bei der Zentralkasse gingen Abrechnungen und Gelder für das III. Quartal bis 20. 11. ein: Münster, Barmen, Elberfeld, Dülmen, Berlin. Essen, Paderborn, Bielefeld, Bonn und München.

Peter Sappher, Zentralfassierer
Eisen-Rippel, Hartwigstr. 63.

Die „Klärung“.

Die Stuttgarter Genossen lassen in den Gewerbeschulen ein Flugblatt verbreiten, dessen Inhalt deutlich genug zeigt, daß es keine größere Klage gibt, als wenn die roten Agitatoren von der Religion als Privatfische saßen.

Die Jugend soll in rüchichtsloser Weise dem Gottesglauben, überhaupt jedem Autoritätsglauben entfremdet werden, natürlich im Namen der Wissenschaft und der Freiheit! (Die Genossen haben ja immer die Wissenschaft und die Freiheit in Mädr).

Wie überlegen sie gegenüber den „einfältigen“ Lehrkräften der staatlichen Lehranstalten sind, kommt in dem unten abgedruckten Flugblatt zum Ausdruck. Wer auf die „wissenschaftlichen“ Sprüche der Genossen hereinfällt, ist wirklich genüßsam; wir bedauern aber eine Staatsregierung, die einer solchen Verhöhnung gegenüber kein Wort findet, geschweige denn Taten. Keine Ausnahmegeleihe fordert die christliche Arbeiterschaft, aber keine Ausnahme durch die Lehrer, denn sie sind es vielfach, die der Winterarbeit der roten Gesellschaft Vorkub leisteten. Das Flugblatt verklärt:

„An die Arbeiterschaft der östlichen Stadtteile! Die christlichen Jünglingsvereine sind unablässig bemüht, die Arbeiterjugend für sich zu gewinnen, um sie zu willigen Ausbeutungsobjekten zu erziehen. Sie finden dabei die Unterstützung der Unternehmer, der Kirche und des Staates. Die Arbeiterschaft hat dagegen alle Ursache, dafür zu sorgen, daß die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen im Geiste der modernen Arbeiterbewegung erzogen werden. Wir ersuchen daher die Arbeiterschaft der östlichen Stadtteile, die öffentliche Versammlung der östlichen Stadtteile, die öffentliche Versammlung zu besuchen. — Die Tagesordnung lautet: Christlicher Jünglingsverein oder freie Jugendorganisation? Referent ist Herr Dr. W. Meyer. Besonders eingeladen sind auch die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sowie auch die Mitglieder des Jünglingsvereins. Freie Diskussion wird angesetzt. Der Ausschuss der Freien Jugendorganisation.“

„Wer nach seinen Schuljahren aufhören würde, an seiner Weiterbildung zu arbeiten, der würde sein Leben lang ein unbrauchbarer Mensch bleiben. Die Schule hat Euch vieles vorenthalten, sie hat Euch über manche wichtige Dinge, über die jeder Mensch unterrichtet sein sollte, im Stillen gelassen. Aber nicht nur das. In der Schule ist Euch manches eingeschleiert worden, was sich für Euch in Eurer späteren Leben nicht nur als unbrauchbar, sondern als direkt hinderlich erweisen wird. Das gilt hauptsächlich vom Religionsunterricht. Dort wurde Euch die gegenwärtige Ordnung der Dinge als „göttliche Weltordnung“ dargestellt. Wer sich dagegen auflehnt, der widersteht „Gottes Ordnung“. Man hat Euch den Gedanken einzupflanzen versucht, daß an den gegenwärtigen, für die arbeitende Klasse so schmachvollen Zuständen nichts zu ändern sei. Man hat Euch auf das Jenseits verwiesen, wo Ihr dann nach Eurer Tod für alle irdischen Leiden und Trübsale entschädigt werden sollt. Euch im Geschichtsunterricht hat man Euch über vieles falsch unterrichtet. Da hat man Euch erzählt, wie sehr die Herrscher um das Wohl ihrer Untertanen besorgt seien und wo die Geschichte von der Auflehnung der Völker gegen ihre Unterdrücker berichtet, da hat man Euch hieße Auflehnung als verwerflich darzustellen versucht. Dagegen habt Ihr in der Schule von den großen naturwissenschaftlichen Fragen, die heute im Mittelpunkt des Interesses stehen, nichts erfahren. Das Märchen der Schöpfungsgeschichte war für Euch gut genug.“

So das Flugblatt.

Die Regierung duldet ruhig, daß ihre Beauftragten, in diesem Fall Lehrer und Geistliche, in diesen Jugendvereinen als Inquisitoren und gewissenlos Betrüger gebrandmarkt werden. Man sieht gemächlich zu, wie von gewissenlosen Agitatoren hier die in der Schule gelegten Grundlagen zu einer zielbewußten staatsbürgerlichen Erziehung niedergebissen werden, wie in solchen Vereinen die Bestimmungen, die in trauer Arbeit in der Schule erzwungen und gepflegt worden sind, die man mit Mühe und Selbstverleugung unter den Fortbildungsschülern zu erhalten und zu fördern sucht, noch während der schulpflichtigen Zeit vernichtet werden.

Volkeinkommen und Verelendung der Massen.

Es liegt uns sicher ferne, die Verteilung des deutschen Volksvermögens bis zu den letzten Konsequenzen verteidigen zu wollen. Aber die Verhältnisse so schlimm darzustellen, wie es die Sozialdemokraten belieben, ist direkte und bewußte Irreführung des Publikums und geht nur darauf hinaus, den Klassenhaß zu schüren, um in der Agitation den sozialdemokratischen Ideen fruchtbaren Boden zu bereiten. So behauptet die „rote“ Presse, daß sich die kleinen und mittleren Vermögen in den letzten 15 Jahren nur um die Hälfte (47 Prozent die kleinen Vermögen bezw. 59 Prozent die mittleren Vermögen) vermehrt hätten, während das Vermögen der Millionäre um 72 Prozent und jenes der vielfachen Millionäre (Multimillionäre) um 109 Prozent zugenommen habe. Das ist wieder einer der bekannnten Tricks der Sozialdemokratie, indem sie einige extreme statistische Daten, die zur richtigen Würdigung einer Erklärung bedürfen, herausgreift, um daran dann die „Richtigkeit“ ihrer Bahndeeen „nachzuweisen“. Demgegenüber sei zunächst ausdrücklich betont, daß nicht die Verteilung der Vermögen, sondern die Verteilung der Einkommen das ausschlaggebende ist bei der Frage, ob wir gesunde volkswirtschaftliche Zustände haben. Unsere Einkommensverhältnisse sind im allgemeinen gut! Unser Volksvermögen verteilt sich gleichmäßiger auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten, als das der Fall ist in Großbritannien, das den Sozialdemokraten doch immer als „Ideal“ vorschwebt! Wir haben in Deutschland zwar auf den Kopf der ganzen Bevölkerung ein kleineres Einkommen als die Briten, aber auf die breiten Massen der Bevölkerung kommt bei uns ein größeres Einkommen, als im Inselreich! In England gibt es nur den Gegensatz von arm und reich! Die untere Bevölkerung ist dort arm, dafür bezieht die wenig zahlreiche Oberschicht ein um so größeres Einkommen!

Ist es nun überhaupt richtig, ohne weitere Erklärung zu sagen: „die kleineren Einkommen haben nur um 47 Prozent zugenommen“? Nein! das ist eine direkte, absichtliche Irreführung der statistisch nicht geschulten Massen! Genau so, ja noch viel mehr wie die Einkommenstatistik, umfaßt auch die Vermögensstatistik nur einen Teil der kleinen Einkommen! Frei sind von der Steuer alle Vermögen bis zu 6000 M., ebenso alle sonst steuerpflichtigen Vermögen bis 20 000 M., wenn das Einkommen 900 M. nicht übersteigt, bezw. (bei weiblichen Personen, die Familienangehörige zu unterhalten haben, bei Waisen, Erwerbsunfähigen usw.) wenn das Gesamteinkommen 1200 M. nicht übersteigt; außerdem werden noch den Vermögen bis 32 000 M. besondere Vergünstigungen gewährt, wenn ihre Inhaber nur Renteneinkommen genießen, oder sonst in ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen leben! Die Vermögenssteuerstatistik erfährt also nicht alle kleinen Vermögen! Diese können überhaupt von der Statistik nicht erfährt werden! Wer will sagen, wieviel der kleine Mann auf Banken, in den Sparkassen seines Vereins, seiner Genossenschaft usw. hinterlegt hat, wieviel er in Staatspapieren angelegt hat. Man denke daran, daß z. B. allein in Darmstädter Reichsverbande der Darlehenskassenvereine 1,2 Milliarden Mark Spareinlagen gemacht sind, die doch fast nur kleinen Leuten gehören! Die Einlagen der kommunalen und Privatpartassen Preußens sind allein in den 10 Jahren von 1899 bis 1909 von 5,58 Milliarden auf 10,83 Milliarden gestiegen, haben sich also verdoppelt! Und diese Spareinlagen gehören den Minderbemittelten. Im Jahre 1908 hatten 11,8 Millionen, also ein Drittel der preussischen Bevölkerung bei diesen Sparguthaben, und zwar durchschnittlich in der Höhe von 810 M.

Die verhältnismäßig geringere Mehrung der kleinen Einkommen erklärt sich auch dadurch, daß die kleinen Vermögen vielfach reine Kapitalvermögen sind, die im Erbgang unter die Erben verteilt werden; damit, wie überhaupt mit dem Einrücken neuer Benfiten über die unterste Grenze von 6000 M., steigt auch die Last in Zusammenhang, daß die Zahl der kleinen Benfiten stärker gestiegen ist als ihr Vermögen, und daß das rechnerische Durchschnittsvermögen bei den kleinsten Benfiten kleiner geworden ist. Umgekehrt

sind die mittleren und größeren Vermögen mehr in Unternehmungen angelegt, so daß sie also auch nach dem Erbgang in der Statistik als große einheitliche (Brutto-)Vermögen figurieren.

Ueberhaupt muß gegenüber der sozialdemokratischen Hege betont werden, daß nur der kleinere Teil reines Kapitalvermögen ist, während der größere Teil des vorhandenen Vermögens auf die Anlage in den eigenen Unternehmungen, sei es in Landwirtschaft, in Industrie oder Handel, entfällt.

Bei Würdigung der Vermögenszunahme bei den Millionären darf übrigens die relative Zunahmeziffer nicht ohne weiteres als absolut zutreffend bezeichnet werden. Zu ihrer richtigen Würdigung ist genau so gut statistisches Verständnis nötig wie zur richtigen Würdigung des Satzes: „Die deutschen Großstädte nahmen in fünf Jahren um 27 Prozent zu.“ Wie hier infolge des Eintrretens kleiner Großstädte in die letzte Gruppe, so ist auch bei den großen Vermögen die Zunahme infolge Einrückens aus der unteren Gruppe zum Teil nur eine rechnerische!

Infolgedessen kann das Wachstum der obersten Gruppe nicht mit dem der unteren und mittleren Gruppen auf gleiche Stufe gesetzt werden! Hier haben wir Durchganggruppen, dort Beharrung!

Der Gewinn, den die Produktion abwirft, dient weniger dem Gebrauch und der persönlichen Lebenshaltung, wird vielmehr der produktiven Anlage in Landwirtschaft, Industrie und Handel zugeführt; (von den kleinen und mittleren Vermögen läßt sich das Anlage- oder Erweiterungskapital, das für unser wirtschaftliches Leben nötig ist, nicht oder nur zum geringsten Teil beschaffen!). Wir benötigen für das Wirtschaftsleben große Kapitalien, und zwar auch solche, die in einer Hand vereinigt sind.

Die Ausdehnung und Verbesserung des Betriebes kommt doch übrigens auch indirekt durch Erweiterung der Arbeitsgelegenheit, Verbesserung der Arbeitsbedingungen usw. wieder den Arbeitern zugute.

Selbst Kautsky schreibt in seiner Schrift „Am Tage nach der sozialen Revolution“ (S. 21):

„Wenn wir das Kapital expropriieren, müssen wir auch seine gesellschaftlichen Funktionen übernehmen, darunter die wichtige Funktion der kapitalistischen Akkumulation. Die Kapitalisten verzeihen nicht ihre ganzen Einnahmen; einen Teil davon legen sie zurück zur Erweiterung der Produktion; ein proletarisches Regime wird desgleichen tun und die Produktion erweitern müssen. . . Wir sehen also, daß zur Erhöhung der Löhne von den jetzigen Einkommen der Kapitalisten nicht allzuviel übrig bleibt.“

Und in seinen „Voraussetzungen des Sozialismus“ (S. 41) weist Bernstein darauf hin, daß die Aktiengesellschaft der „Zentralisation der Vermögen durch Zentralisation der Betriebe“ in sehr bedeutendem Umfang entgegenwirkt.

So sagen „wissenschaftliche“ Genossen, und selbst die sozialdemokratischen Gewerkschaftler wollen sich nicht auf die „Verelendungsbank“ drücken lassen, sie haben das „Naturgesetz von der Verelendung“ durchbrochen. In der von der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften herausgegebenen Schrift „Siphonarbeit“ heißt es S. 110:

Die Anwendung der kautskischen (relativen Verelendungs-) Theorie verbietet sich ganz von selbst. Nicht in der Theorie von Verumpfung und Verelendung findet die Arbeiterschaft Mut zum Vorwärtstreben, sondern in der tatsächlichen wirtschaftlichen Erstarkung. Und diese tatsächliche wirtschaftliche Erstarkung weisen die Gewerkschaften nach aus jenen Zahlen, welche eine Besserung der Löhne und Lebenshaltung verraten.

In der Agitationshege aber wird gleichwohl gegen die Akkumulation der Vermögen gemottelt und daraus fälschlich die „Verelendung der Massen“ konstruiert!

Gewerkschaftliche Notizen.

Aus der Bewegung im Steindruckgewerbe.

Am 28. Oktober, einem Samstage, frag ein ausständiger Steinbruder bei seiner früheren Firma um Arbeit nach; ihm wurde solche zugesichert und er für den kommenden Montag bestellt. Am Montag erschienen er jedoch nicht, da ihm erst nachträglich zum Bewußtsein kam, daß er damit zum Streckbrecher würde, da er organisiert sei.

Rollegen und Kolleginnen weitergegeben werden.

Auf Klageandrohung der Firma erschien er am Dienstag Morgen zur Arbeit, erklärte, daß er nur unter Ausschlag jeglicher Kündigung eintrete, verweigerte die Unterfertigung der Arbeitsurkunde, die 14tägige Kündigung voraussetzt und trat nach zweiseitiger Beschäftigung wieder aus. Die Firma erhob Klage vor dem Gewerbegericht Nürnberg auf Erfüllung des Arbeitsvertrages; das Gericht entschied auch, daß der Steinbruder die Arbeit sofort wieder aufnehmen habe, widrigenfalls würde er zur Zahlung einer Strafe von 35 M. verurteilt, denn der Arbeiter, der früher schon mit 14tägiger Kündigung bei der Firma in Stellung war, gab selbst zu, daß er, obwohl über Lohn nichts ausdrückliches vereinbart war, auch seinen alten Lohn wieder erwartete.

Die **Graphische Presse** widmet in Nr. 50, gezeichnet unter gdt, unserem Verband und Organ zita zweieinhalb Spalten. Trotzdem dies des öfteren geschieht, glauben die roten Propaganda ständig unserer Organisation Bedeutungslosigkeit vorwerfen zu müssen. In Wirklichkeit fänden aber die roten Drahtzieher, daß die von uns geleitete Charakterisierung des Geneselerbundes mehr und mehr in die Reihen der Genossen bringt und jene Mitglieder, die sich noch nicht als waschechte Genossen fühlen, einer weiteren Vergemeinschaftung sich widersetzen werden. Die Zweiflung der Nichtigkeit unserer Angaben über Einnahmen und Ausgaben, sowie Mitgliederbestand müssen wir als eine niederträchtige Gemeinheit des Schreibers in der "Graphischen Presse" bezeichnen.

"Verräterische Handlungsweise" sucht man uns ferner an die Rückschlüsse zu hängen, weil der rote "Buchbinder-Verband" in Regensburg nicht auf seine Rechnung kam. Des ferneren glaubt man uns Doppelmoral vorwerfen zu können, weil wir die Monopolbestrebungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften, insbesondere des Geneselerbundes, bekämpfen.

Es gehört schon ein im blinden Haß entwickeltes Genossenhirn dazu, um uns ähnliches zu unterrichten, was vom Geneselerbund und anderen roten Verbänden bereits an Freiheitsberaubung durchgeführt und noch erstrebt wird. Nicht wir haben die Genossen ausgeschaltet, sondern diese sind infolge ihrer Nichtneutralität, ihrem Kampf gegen das Christentum von christlichen Verlegern ausgeschaltet worden. Der Schreiber in der "Graphischen Presse" würde gut tun, bei der Ortseitung des Buchbinderverbandes, Zahlstelle Regensburg, anzufragen, warum die Genossen in jenen Betrieben, wo sie fast ausschließlich vertreten sind, sich nicht selbst mit allen Mitteln gewehrt haben, um Anerkennung zu finden. Doch auch er wird folgende Antwort fürchten: "Ja, wir Genossen haben sonst wohl großen Mut", aber in diesem Falle waren wir doch zu feige, um uns selbst zu wehren, wir schoben deshalb den Christlichen diese Aufgabe zu, doch diese lehnten es ab, durch Kampf für uns die Kaskanten aus dem Feuer zu holen.

Da wir die Regensburger Angelegenheit bereits schon ausführlich behandelt haben, wollen wir dem Schwindel der Genossen aus Raumangel nicht weiter nachgehen. Wir empfehlen aber der "Graphischen Presse", auch ihren Lesern mitzuteilen, daß "moderne organisierte Buchbinder-Verbände" in R.-Glabbad sähig waren, zum Nachteil der Christlichen zu streifen zu können und trotzdem sich mit "Stolz", "freie" Gewerkschaftler nennen können.

Kundschau.

Verweigerung von Streitarbeit ist kein Kontraktbruch. So entschied das Berliner Gewerbegericht in der Klage einer Steinbruderei gegen einen Hilfsarbeiter. Die Zumutung, Streitarbeit zu leisten, verhoffe gegen die guten Sitten, und wenn die Firma darauf bestände, habe der Arbeiter das Recht, die Arbeit zu verlassen. Aus diesem Grunde wurde die Firma mit ihrem Anspruch auf Schadenersatz wegen Kontraktbruchs abgewiesen.

Feiern für Papierarbeiter. Anlässlich der 25jährigen Tätigkeit des Kommerzienrats J. Sanders, in der Papierfabrik J. M. Sanders in Berg-Blabach, verbunden mit dem fünfzigsten Geburtstag des Jubilars, wurde von den circa 1000 Arbeitern und Beamten, eine Malette, den vorhergehenden Mitinhaber H. Sanders darstellend, gestiftet. Die Firma veröffentlichte beim Festakte für Beamte und Arbeiter eine Kundgebungsrede, die der Pensionierung von Staatsbeamten entspricht. Für die Arbeiter traf die Firma Bestimmungen, nach welchen ihnen vom 1. Januar 1912 ab ein mehrjähriger Erholungsurlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewährt wird.

Die Lohnfrage in der Heimindustrie ist Gegenstand einer gemeinsamen Eingabe des Gewerkschaftsvereins christlicher Heimarbeiterinnen, des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und der Gesellschaft für soziale Reform an Bundesrat und Reichstag. Die Eingabe wünscht, daß in den Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes Bestimmungen eingeschaltet werden, wonach den höheren Vermaltungsbekleidern das Recht eingeräumt wird, für bestimmte Hausindustriezweige Vertretungsorgane einzusetzen, mit der Befugnis, Mindestlohnfestsetzungen mit rechtsverbindlicher Kraft aufzustellen. Begründet wird diese Forderung damit, daß die Heimarbeiterinnen nicht in der Lage seien, durch die organisatorische Selbsthilfe ihre Lohnverhältnisse soweit zu verbessern, wie es unbedingt notwendig sei. Der Staat habe die Verpflichtung, die schlimmsten Schäden der Hausindustrie durch gesetzliche Maßnahmen nach Möglichkeit zu beseitigen. Angesichts des sozialen Elends der meisten Heimarbeiter wäre es zu begrüßen, wenn vorstehende Anregung verwirklicht würde.

Die dankbaren, vollgekehrten Kerle. Die Rolle, die die "freien" Gewerkschaften jetzt als freiwillige Wahlhelfer spielen, zu der sie sich sogar aufdrängen, nimmt sich um so lärmreicher aus, wenn man sich vergegenwärtigt, daß sie sonst von der Partei und der sozialdemokratischen Presse gar nicht übermäßig

geachtet zu werden pflegen. Man denke nur an die verächtliche Behandlung, die sich neuerdings der "freie" Buchbinderverband seitens eines Teiles der "roten" Presse gefallen lassen mußte. Und man erinnere sich erst des Geschreies der Gewerkschaftsführer auf der Gewerkschaftskonferenz im Jahre 1906, deren Geheimprotokoll die anarchosozialistische "Einigkeit" seinerzeit veröffentlichte, welches auf die schmachvolle Behandlung der Gewerkschaftsführer durch die sozialdemokratische Partei und Presse ein mehr wie bezeichnendes Licht wirft. Das Gejammer dieser Herren macht sich da in Sägen wie folgt Luft:

"Selbstgefällige, strahlende Borniertheit" hat die rote Rolle uns vorgeworfen —

"Injustiz ist uns Krebs haben wir erhalten". — Man hat versucht, die Gewerkschaftsmittelglieder ihren Führern, die sie selbst gewählt haben, zu entfremden; man hat direkt versucht, sie aufzuheben gegen ihre Leiter. Man hat offiziell zum Disziplinärlich aufgefördert" (Müller).

"Verkrüppelte Gewerkschaftsbeamtenkurentratte" "Pfeiffinghufcher", "Leisetretter", "Diktatoren", "Spießher", hat man uns geschimpft; — "Seit 10 Jahren haben wir Gewerkschaftler uns beschimpfen, die schlimmsten Anschuldigungen über uns ergehen lassen müssen, ohne daß wir darauf geantwortet haben". . . . "Wir haben geschwiegen im Interesse der Einigkeit, wir haben uns prügeln lassen"

(Deinhard). — Man hat versucht, in der Parteipresse, in Versammlungen in ganz systematischer Weise die Massen gegen die Führer der Gewerkschaften aufzuheben. (Sehr richtig!) Man hat ihnen gesagt: Seht, daß sind diese vollgekehrten Kerle,

mit denen müßt ihr euch auseinandersetzen" (Bömelburg). Und dieselben Leute gehen jetzt hin und leisten die Wahlarbeit für eine Partei, von der sie nicht sicher sind, ob ihnen nach der Wahl, wenn der Noth keine Schuldbiligkeit getan hat, nicht wieder das gleiche an Misachtung und händischer Behandlung widerfährt, das sie bisher haben über sich ergehen lassen müssen. Kerger kann die politische Selbsterniedrigung wohl kaum getrieben werden. Für aufrechte Arbeiter ist in solchen Gewerkschaften kein Platz und auch ebensowenig in der mit ihnen jetzt verbrüderten "roten Partei". Das muß am 12. Januar zum Ausdruck kommen.

Aus den Zahlstellen.

Bielefeld. Ueberall regt es sich, auch in Bielefeld geht es vorwärts. Das hat auch die am 5. Oktober stattgefundene Versammlung im Konzerthaus bewiesen. Doch auch der christl. graph. Verband sucht am Platze ist, bemerkt in die Anknüpfung der Buchbinderzeitung in Nr. 46 vom 11. November, in welcher man sich mal wieder so eifrig bemüht uns zu verächtigen. Anlaß zu diesem ist die Entlassung von 3 Gehilfen, welche in der Anstaltsbuchbinderei Bethel beschäftigt waren. Man weiß tatsächlich nicht, soll man über die Borniertheit des Artikelschreibers lachen, oder denken, Herr verzehle ihm, denn "der" weiß nicht, was er tut. Eigentlich lohnt es sich nicht, sich auf das Geschreibsel einzulassen, da die Genossen ja doch von jeher das Vortrecht für sich in Anspruch nehmen, wirkliche Wahrheitsapostel zu sein; allerdings nach sozialdemokratischem Muster. Darum nur einige Worte zur Steuer der Wahrheit. Nach mehrseitigen Ermittlungen hat sich folgender Tatbestand ergeben. Nach Ausspruch des Herrn Schulze besteht ein tatsächlicher Arbeitsmangel seit längerer Zeit und ist es daher kein plötzliches Entlassen eines Kollegen 14 tägige Kündigung hat. Von jeher mußten die lebigen Buchbindergehilfen, die in der Anstaltsbuchbinderei beschäftigt waren, sich verpflichten, auch dort zu wohnen. Ausnahmen wurden bei den Gehilfen gemacht, die irgend welchen Familienanschlüssen hatten. Der Gehilfe D. . . . hatte bisher bei seinem Bruder gewohnt. Da er jedoch seit langer Zeit die Wohnung aufgegeben hatte, traf ihn eben auch die Verpflichtung in der Anstalt Wohnung nehmen zu müssen. Wenn D. . . . nach der Anstalt gezogen wäre, so hätte ihn der Meister trotz Arbeitsmangels für längere Zeit noch länger mit durchschleppen können, bis es ihm gelungen wäre, anderweitig passende Stellung zu finden. Kollege Meyer, welcher Mitglied unserer Zahlstelle ist, wurde aus denselben Gründen entlassen. Es ist deshalb rätselhaft, weshalb man uns wegen dieser Sache anpöbeln will. Nach weiterem Anspruch kommt die Verbandsfrage überhaupt nicht in Betracht, da doch ein freierorganisierter Gehilfe, welcher in der Anstaltsbuchbinderei wohnte, weiter arbeiten konnte. Der erste kürzlich eingestellte christl. organisierte Kollege wurde nicht als spezieller Hilfsarbeiter, sondern auch für Nebenbeschäftigungen eingestellt, welcher der rotorganisierte Hilfsarbeiter sich weigerte, zu verrichten. Was den Tarif anbelangt, so wurde bei der letzten Tarifverneuerung zwischen dem Innungsoberrmeister Schulze und dem Gesellenauschuß, welcher nur aus Gehilfen roter Couleur besteht, die Vereinbarung getroffen, die Arbeitszeit in der Anstaltsbuchbinderei den Vergütungen entsprechend zu belassen.

Wir meinen doch, ehe man auf andere Betriebe ungerichtet Weise zu schimpfen anfängt, sei erst in den Betrieben Remedur zu schaffen, wo nur frei organisierte in Arbeit stehen. Wenn die Herren vom roten Verband durch herartige Berichte die Mitglieder ihrer Zahlstelle gegen uns aufheben wollen, so mögen sie das ruhig tun. Wenn sie dadurch ihre Mitglieder-Versammlungen interessant machen und den Besuch dadurch heben, so stellen sie sich aber ein großes Armutzeugnis aus. In Bielefeld leidet noch kein christl. Verband an Mitglieder-schwund. Wohl aber der rote Buchbinder-Verband in Bielefeld, welcher schon vor einigen Jahren (1907-200) Mitglieder hatte und jetzt auf ca. 150 gesunken ist. Es ist doch recht komisch, daß der allgewaltige deutsche Buchbinderverband sich so viel mit den "kleinen Organisa-

tionen" zu schaffen macht. Darum immer vor der eigenen Türe kehren, ehe man anderen auf die Finger klopfen will.

Manthelbentum ist von jeher die starke Seite der Genossen gewesen.

Literarisches.

Das **„Lesebuch für evangelische Arbeiter 1912"**, herausgegeben von Dr. Weber und Gc. Wumm, ist erschienen und durch die Buchhandlung der Sozialen Geschäftsstelle, Berlin N.W. 87, Tille, Wardenbergstr. 28, zum Preise von 80 Pfg. zu beziehen. Von 15 Exemplaren an kostet es 45 Pfg., von 30 Exemplaren an 40 Pfg. erkl. Porto. Die evangelischen Mitglieder, sowie alle Freunde der christlich-nationalen Arbeiterbewegung erhalten hier zu einem überaus billigen Preise ein schmales Büchlein, das über den gegenwärtigen Stand der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in einer Reihe von Aufsätzen und Tabellen genauer Aufschluß gibt. In diesem Jahre enthält das Buch außerdem eine ausführliche Darstellung der Reichsversicherungsordnung, eine Darlegung, die allein den Kauf für jeden Arbeiter lohnt. Es gilt, sich mit demselben bald zu versehen, da die Auflage bald vergriffen sein dürfte.

Die **Notwendigkeit der geistigen Bildung des Arbeiterstandes.** Vortrag des Herrn Dr. Sonnen-schein-W. Glabbad. Gehalten auf der 8. Generalversammlung des Zentralverbandes christl. Bauarbeiter Deutschlands, Wünnchen 1911. Christlicher Gewerkschafts-Verlag Köln. Mit der Herausgabe dieses Vortrages des als geistvollen Redner bekannten warmherzigen Freundes unserer christl. Gewerkschaftsbewegung hat sich der christliche Gewerkschafts-Verlag in der Tat ein Verdienst um die Arbeiterschaft erworben. Das Broschüren verdient es, in Massen unter der Arbeiterschaft verbreitet zu werden, was um so eher möglich, als der Preis mit 5 Pfg. (exklusive Porto) pro Exemplar ein äußerst niedriger ist. Unsere Kollegen können es durch die Zentralstelle beziehen.

Versammlungskalender.

- Versammlungen finden statt:
- Augsburg.** Jeden 2. Samstag, im Monat im Verkehrslokal der christl. Gewerkschaften.
 - Barmen.** Jeden 1. Samstag im Monat abwechselnd im Restaurant Vogel, Rößigerstr. 16 in Barmen und Restr. Wilms, Ludwigstr. 31 in Ueberfeld.
 - Berlin.** Mittwoch, den 29. Novem., abends 8 1/2 Uhr, bei Peuser Köpenickerstr. 62.
 - Bielefeld.** Jeden 1. Freitag im Monat im christl. Gew.-Haus bei Dehner, Herforderstr. 84. Anfang 8 Uhr.
 - Bonn.** Jeden letzten Montag im Monat, abends 7 Uhr, im Lokale Biander, Clemens Auguststr.
 - Dresden.** Samstag, den 25. Nov. punkt 8 Uhr, Waghbräu.
 - Düsseldorf.** Samstag, den 2. Dez. Versammlung mit Vortrag. Alle erscheinen.
 - Fagen.** Samstag, den 25. Novem. 8 1/2 Uhr bei D. Eichhoff, Körenerstr. Sehr wichtige Tagesordnung. Feiner darf fehlen.
 - Regensburg.** Samstag, den 25. Nov.
 - Köln.** Samstag, den 25. Nov. mit Vortrag.
 - München.** Samstag, den 2. Dez. im Wiesmayer Garten, Schillerstr. 16. erweiterte Versammlung mit Vortrag des Kollegen Müller! Die deutsche Arbeiterbewegung. Alles erscheinen; Freunde und Gänner, sowie Nichtorganisierte mitbringen.
 - N. Glabbad.** Samstag den 2. Dez. im Lokal v. b. Wüldeck. Referent: Kollege Schlmayr Köln. Vollständiges Erscheinen Ehrenpflicht.
 - Münster.** Samstag, den 25. Nov. bei Stegmann, Clemensstr. Vollständiges Erscheinen Ehrenpflicht.
 - Regensburg.** Jeden 2. Samstag im Monat in der Fabrikarbeiter-Schule.
 - Stuttgart.** Jeden Montag nach Erscheinen der Zeitung abends 8 Uhr im Gasthof zum Herzog Christoph, Christophstr. 11 p.
 - Würzburg.** Am Mittwoch, den 29. November.

Kurz.

Am 9. November verschied unser lieber Kollege
Fritz Denner
im Alter von 24 Jahren in seiner Heimat Reheim.
Sein Andenken werden wir hoch in Ehren halten.
Zahlstelle Hagen i. W. u. Zahlstelle Reheim.

Unserem lieben Kollegen
Josef Kale
und seiner wertigen Braut
Franziska Schuhmacher
die herzlichsten Glückwünsche zur
Vermählung
Zahlstelle Essen a. Ruhr

Verantwortlich: A. Horabach-Köln, Palmstraße 14.
Köln-Ehrenfelder Handelsbruderei, Klarstr. 9.